

Grosser Gemeinderat

Worb, 10. November 2020

399. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 9. November 2020, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:03 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Büchel-Wampfler Sandra (SP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Fivian Bruno (SVP)
2. Vizepräsident	Suter Michael (FDP)
1. Stimmzähler	Santschi Jürg (BDP)
2. Stimmzähler	Hodler Adrian (SP)
Mitglieder	Hofer Thomas (BDP)
	Cetin Christopher (EVP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Moser-Utiger Silvia (EVP)
	Stauffer Michael (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Christensen Sven (FDP)
	Hager Rolf (FDP)
	Lanfranconi Elena (FDP)
	Marchand Andy (FDP)
	Rothenbühler Marc (FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Stucki Daniel (FDP)
	Jorio Marco (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Fiechter Niklaus (SVP)
	Howald Lichtenberger Heidi (SVP)
	Kohli Stephan (SVP)
	Steinmann Hans Ulrich (SVP)
	Stucki Simon (SVP)
	Waber Karin (SVP)
	Zingg Stephan (SVP)
	Bircher Andreas (SP)
	Cavargna Tiziano (SP)
	Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
	Goetschi Thomas (SP)
	Heil Günter (Grüne)
	Marthaler Matthias (SP)
	Von Arx Roland (Grüne)

Abwesend	Federer Guido (SP) Könitzer Patrick (FDP) Wenger Claude (Grüne) Zimmermann Noemi (SP) Zwyer Lukas (BDP)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Lädrach Markus Moser Christoph Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Reusser Christian, Gemeindeschreiber Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 12. Oktober 2020: Genehmigung
3. 16/43 Tagesschulen, Schülerhorte, Mittagstische
"Kantonale Tagesschulbeiträge überprüfen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
4. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Wasserversorgung; Netzersatz Bollstrasse: Kreditbewilligung
5. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Wasserversorgung; Netzersatz Schulhausstrasse Ost und Strassensanierung: Kreditbewilligung
6. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Wahl 2. Stimmzähler

Beschluss:

Da sich Guido Federer, SP für die Sitzung entschuldigt hat, wird Adrian Hodler, SP als Ersatzstimmzähler für die Sitzung gewählt.

Traktandenliste

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Am Freitagabend sind zwei als dringlich bezeichnete Vorstösse eingegangen. Eine Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grünzone Sternenmatt bleibt grün" und ein Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "5G-Moratorium". Gemäss Art. 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2000 werden die als dringlich bezeichneten Vorstösse dem GGR zu Beginn der Sitzung zum Entscheid über die Dringlicherklärung vorgelegt. Die Urheberinnen und Urheber, jedoch nur eine Person pro Vorstoss, begründen die Dringlichkeit an der Sitzung kurz. Sofern der Rat die Dringlichkeit bejaht, werden die so bezeichneten Vorstösse für die nächste Sitzung traktandiert. Die Beantwortung kann auch mündlich erfolgen. Art. 53 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2000.

Dringliche Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grünzone Sternenmatt bleibt grün"

Von Arx Roland, SP+Grüne: Uns ist nicht klar, welche konkreten Ziele der GR in der Sternenmatt verfolgt und wie er das Gebiet in Zukunft gestalten will. Wir befürchten, dass ein grosser Teil der heutigen Grünzone der Überbauung durch die Halter AG geopfert werden soll. Die Grünfläche ist aber für das Dorfzentrum, den Gasthof Sternen und die angrenzende Badi von zentraler Bedeutung. Die Gestaltung dürfen wir darum nicht einfach der Halter AG überlassen. Gemäss Information des Gemeinderates in der Worber Post soll basierend auf den Studien von fünf Architekturteams bereits nächstes Jahr das entscheidende Planerlassverfahren gestartet werden. Eine Klärung der Frage, wie wir die Sternenmatt gestalten wollen, ist daher dringend. Mit unserer Motion wollen wir die politische Diskussion jetzt führen, damit die Ergebnisse noch rechtzeitig in die Planung einfließen können. Und nicht erst, wenn schon konkrete Umgestaltungspläne vorliegen. Wir bitten euch daher, der Dringlichkeit von diesem Vorstoss zuzustimmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich nehme diesen Vorstoss oder die Dringlichkeitsdebatte gerne als Anlass, um euch vom GGR über den Stand der Arbeiten zur Sternenmatt zu orientieren. Aktuell läuft bekanntlich ein Studienauftrag zur Entwicklung des Areals. Roland von Arx hat diesen erwähnt. Fünf verschiedene Architektenteams sind daran, detaillierte Vorschläge auszuarbeiten. Ich erwähne gerne, dass man die Parteien auch einbezogen hat. Man hat Dialoggespräche geführt, unter anderem auch mit der SP und den Grünen, wo die Parteien ihre Anliegen zu diesem Areal einbringen konnten. Eine der Vorgaben ist, dass auf dem Areal einen öffentlichen Generationenspielplatz eingeplant werden soll. Das Anliegen von öffentlichen Nutzungen ist also bereits im Programm des Studienauftrages eingeflossen. Am 15. Oktober hat sich die Fach- und Sachjury, wo auch Leute von hier zum Beispiel Sven Christensen und Guido Federer dabei sind, von den Architektenteams über den Stand von ihren Überlegungen und Projekten informieren lassen. Wenn wir jetzt nach vorne schauen, dann ist es so, dass Mitte Januar 2021 die Projekte fertig abgeschlossen werden müssen. Dann werden sie uns die fertigen Arbeiten präsentieren und wir von der Jury werden dann die Projekte bewerten und bis Ende Januar eine Rangliste erstellen müssen. Basierend auf dem Siegerprojekt wird dann eben das Planerlassverfahren aufgenommen. Ihr wisst, dort ist im Moment eine ZÖN und eine Grünzone. Dort könnte man somit gar nicht bauen und eine Wohnüberbauung realisieren. Die baurechtliche Grundordnung muss angepasst werden, weil ein Bau so nicht möglich ist. Das Planerlassverfahren, dies wisst ihr auch, dies haben wir schon mehrfach behandelt, umfasst eine Mitwirkung. Dort können sich alle, auch die Parteien, daran beteiligen. Dann gibt es eine kantonale Vorprüfung und dann gibt es die öffentliche Auflage, wo man sich wieder einbringen kann. Dort kann man Einsprache machen, wenn etwas anders läuft, als man es gerne hätte. Und schliesslich wird es dann hier im GGR genehmigt. Also wird der GGR am Schluss hier sagen können, ob er einverstanden ist mit der

Änderung der baurechtlichen Grundordnung, wie man sie vorgesehen hat. Dann ist noch das fakultative Referendum möglich und schliesslich wird dann der Kanton das ganze noch genehmigen. Dieses Verfahren dauert erfahrungsgemäss sehr lange. Wir dürfen nicht vor Ende 2022 eine fertig genehmigte Sache erwarten. Wenn der GGR nun die Dringlichkeit des Vorstosses beurteilen soll, dann gebe ich gerne zu bedenken, dass die Parteien und auch der GGR im Rahmen der Mitwirkung, der öffentlichen Auflage und der Genehmigung mehrmals die Gelegenheit erhalten, ihre Anliegen an dieses Areal einzubringen. Dies bitte ich euch zu bedenken, wenn ihr jetzt über die Dringlichkeit von diesem Vorstoss entscheidet.

Suter Michael, FDP: Ich bin 100 Prozent damit einverstanden, was Niklaus Gfeller gesagt hat. Er äussert sich vor allem zum Materiellen und ich möchte noch etwas Formelles ergänzen. Unabhängig davon, wie wir zu dieser Angelegenheit stehen, ob die Sternenmatte grün bleiben muss oder nicht, bin ich der Meinung, dass man dies als dringlich erklären muss, weil sonst kommen wir, auch dies hat Niklaus gesagt, in eine wahnsinnig blöde Situation. Die Sitzung ist für den Januar geplant mit diesem Projekt und wir müssen doch unter allen Umständen vermeiden, dass ein Baustopp oder ein Planungsstopp resultiert. Wenn wir es nicht als dringlich erklären, dann kommt die ganze Geschichte irgendwann im Februar ins Parlament. Wenn die Motion dann angenommen würde, dann müsste man das ganze Projekt, so verstehe ich dies, wenn ich es summarisch angeschaut habe, gross überarbeiten. Wenn wir es als dringlich erklären, dann kommt es schon im Dezember und das Projektteam, welches bis im Januar noch daran arbeiten kann, könnte das im Dezember Besprochene bereits in ihren Arbeiten berücksichtigen. Daher wird die Liberale-Fraktion der Dringlichkeit grossmehrheitlich zustimmen.

Santschi Jürg, BDP: Vorab finde ich es etwas schwierig, wenn man solche Sachen an einem Montag, einem normalen Arbeitstag, dann noch vor die Nase geknallt bekommt, so dass man gar keine Zeit hat, dies in der Fraktion vorher zu diskutieren. Ob es jetzt dringlich ist oder nicht, dies müssen wir heute entscheiden. Wir haben von Niklaus gehört, dass dies ein sehr langwieriger Prozess ist, bis das Ganze dann einmal durch ist. Da hat man noch hinreichend Möglichkeiten die Anliegen einzubringen. Auch die Parteien können dies. Da kann jeder seine Meinung einbringen. Da bin ich und wir von unserer Fraktion GLP und BDP der Meinung, dass dies nicht dringlich ist. Wir werden die Dringlichkeit daher nicht bejahen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Man hat die Teams ja mit Vorgaben auf ihre Arbeit losgeschickt. Man hat ihnen Vorgaben gegeben, was das Projekt, welches sie ausarbeiten müssen, erfüllen muss. Dort ist unter anderem festgehalten, dass man auf dem Areal hinter dem Sternen genau dies berücksichtigen und dies auch umgesetzt werden soll, was ihr hier gefordert habt. Mich hat noch selten jemand so schlecht verstanden wie Michael Suter vorher. Es gibt keinen Grund, jetzt in einer Hauruck-Übung noch irgendetwas zu machen. Die Teams arbeiten daran und die Projekte sind schon fast fertig. Da wird man nicht politisch noch etwas einbringen können. Umso mehr, dass Halter die Dialoggespräche geführt haben. Die Parteien konnten ihre Anliegen bereits einbringen. Die Grüne-Partei hat dies ebenso wie die SP gemacht. Die Anliegen sind aufgenommen worden und werden jetzt umgesetzt.

Beschluss:

Die Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grünzone Sternenmatt bleibt grün" wird als nicht dringlich erklärt.

Dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "5G-Moratorium"

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Bei diesem Vorstoss geht es nicht um 5G ja oder nein. Sondern darum, dass sich 1'500 Worberinnen und Worber sorgen um die Risiken der Mobilfunkstrahlen machen. 1'500 Bürgerinnen und Bürger haben beim Gemeinderat eine Petition zum Strahlenschutz eingereicht. Sie sind in ihrer Besorgnis nicht ernst genommen worden. Erst wenn der Bundesrat im Rahmen des Vorstosses der SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher vom September 2020 seine Hausaufgaben gemacht hat und die gesundheitlichen Risiken von der 5G-Technologie abgeklärt hat, soll Worb das weitere Vorgehen entscheiden. Bis diese Ergebnisse vorliegen, gilt es, in der Gemeinde Worb auf den Neubau von 5G-Antennen zu verzichten. Es gibt Studien, welche festgestellt haben, dass Kinder und alte Leute ganz besonders stark auf Mobilfunkstrahlen reagieren. In Worb existiert sogar eine Antenne mitten zwischen Altersheim, Kita, Dorfschulhaus, Tagesschule und Sonnhalden-

Schulhaus. SP+Grüne möchten nie feststellen müssen, dass Menschen, welche sich längere Zeit in diesem Perimeter aufgehalten haben, gesundheitliche Schäden davontragen, während die Politik die Gefahr ignoriert hätte. Wenn der Gemeinderat sagt, dass wir in der Gemeinde nichts machen können, ist dies schlicht falsch. Wir können analog der Stadt Bern ein Moratorium beschliessen, welches den Ausbau und den Neubau von Anlagen auf gemeindeeigenen Liegenschaften aufschiebt, bis der Bundesrat dafür grünes Licht geben kann. Ich bitte euch, ein Zeichen zu setzen und der Dringlichkeit von diesem Postulat zuzustimmen.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Der Gemeinderat hat sich letztes Jahr, im Zusammenhang mit der angesprochenen Petition, welche Matthias Marthaler soeben erwähnt hat, eingehend mit dieser Thematik auseinandergesetzt. Im Fazit seiner Antwort an die Petitionäre schreibt er, dass die Gemeinde keine Kompetenz zum Erlass von Vorschriften zum Schutz des Menschen vor schädlicher oder nichtionisierender Strahlung hat. Aufgrund der geltenden rechtlichen Vorgaben ist die Gemeinde nicht für die Bewilligung von 5G-Antennen oder für den Ersatz bestehender Antennen zuständig und sie kann auch nicht Einfluss auf diese Bewilligungen nehmen. Wir sind dort einfach draussen. Ein kommunales Moratorium für den 5G-Ausbau ist rechtlich nicht zulässig. Ich bitte euch, dies zu bedenken, wenn ihr jetzt über die Dringlichkeit entscheidet. Es ist einfach nicht unsere Ebene. Auch wenn wir dies noch so gerne würden und Verständnis für die Bedenken der Leute gegenüber diesen Strahlen haben, ist es einfach nicht unsere Ebene. Ich bitte euch, dies zu bedenken.

Santschi Jürg, BDP: Das Problem mit der Strahlung ist jedem bewusst. Wie konkret dies ist oder nicht, klärt man jetzt ab. Aber dies ist gar nicht das Problem hier. Ich kann Niklaus Gfeller voll und ganz beipflichten. Es ist nicht an der Gemeinde hier ein Moratorium durchzugeben oder zu beschliessen. Ich meine, ich kann auch nicht über einen Fall als Richter entscheiden, wenn ich nicht zuständig bin. Dies ist hier im Prinzip das Gleiche. Es bringt einfach nichts, da wir gar keine Entscheidkompetenz haben. Daher ist der Vorstoss weder dringlich noch generell sinnvoll. Daher lehnt unsere Fraktion die Dringlichkeit ab.

Stucki Simon, SVP: Was mich interessieren würde, wer dann die Verantwortung trägt für das Ganze, wo hier kommt. Dies hört man nicht. Es sagen alle, wir sind nicht zuständig. Ich habe es auch Schade gefunden, als die Veranstaltung hier in Worb war, dass nicht jemand vom Gemeinderat anwesend war. Einfach mehr um sich über das Thema zu informieren, welches uns dann noch mehr betrifft, als wir glauben. Und nicht ob man etwas machen kann oder nicht. Man muss machen, was irgendwie möglich ist. Von der Verantwortung spricht hier irgendwie niemand. Die wird auf irgendjemanden geschoben, aber ich weiss nicht auf wen. Dies ist ja heute bekannt. Wir lassen uns bevormunden von hier bis dort. Aber wer die Verantwortung trägt, da habe ich noch nie etwas davon gehört. Man sagt überall nur, dass man nichts machen kann.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob die Aussagen des Gemeinderates vollständig sind. Was ist mit den Gemeinden, welche sehr wohl ein Gesuch abgelehnt und dies mit der gesundheitlichen Thematik begründet haben? Dies sind Gemeinden wie Spiez, Emmen, Brienz und Bellach, welche die Verfahren auf Eis legen, also sistieren. Im Kanton Zug besteht ein Moratorium. Dort dürfen die Baugesuche nur behandelt werden, wenn die Grenzwerte nicht ausgeschöpft werden. Was bei 5G fast nie der Fall ist. Vielleicht ist es ein Kampf von David gegen Goliath, von der Gemeinde Worb gegen die Unternehmen wie Swisscom und andere. Aber ich würde sagen, dies kann man nicht einfach nur mit der Zuständigkeit begründen, da die Risiken und die unbekannteren Aspekte in dieser Thematik zu gross sind. Von daher bin ich dringlich für dieses dringliche Postulat. Ich war an diesem Abend und es gab viele Dokumentationen. Es gab viele interessante Referate von Ingenieur Hofmann aus Vechigen, von Dr. Alboniko aus Langnau, von Patrick Gehrig, er hat das Verfahren in Biglen erklärt, dies ist fast eine Nachbargemeinde. Die Bürgerinnen und Bürger von Biglen haben Einsprache gemacht. Man erreicht damit zumindest, dass man diese Problematik zu einer höheren Instanz bringen kann. Ich würde es nicht einfach so passiv geschehen lassen. Es steht ein wenig zu viel auf dem Spiel.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Das Geschäft ist normalerweise beim Departement Umwelt. Ich habe es einfach übernommen, ich habe gefunden, dass ich als vollamtlicher Gemeindepräsident durch den Tag mehr Zeit habe, mich vorzubereiten, als Adrian Hauser, welcher den ganzen Tag auf der Baustelle war. Daher spreche ich jetzt. Wenn es dann um die Behandlung geht, ist es dann natürlich wieder beim Departement Umwelt. Also zur Frage von dir Simon. Die Zuständigkeit liegt beim Bund. Dies ist klar geregelt. Wir schieben nicht Zuständigkeiten hin und her. Sie ist und bleibt beim Bund. Urs Thöni hat mir vorher gesagt, dass wenn man bestehende Antennen aufstockt auf 5G, dann gibt es kein Verfahren. Da merkt niemand etwas. Ausser dass

es dann plötzlich auf der BAKOM-Seite entsprechend so dargestellt wird. Da merken wir nicht davon. Aber für einen Neubau von einer Antenne und dies haben wir auch im Niederhaus erlebt, dort stehen selbstverständlich den Leuten sämtliche Rechtsmittel zur Verfügung. Sie können Einsprache machen und können sich wehren dagegen. Dort können die Leute sehr wohl etwas machen. Einfach wir, die Gemeinde, bewilligen es nicht. Dies ist einfach das, wo ich sage. Dies schiebe ich gerne von mir, Simon. Dies ist nicht ein Wegschieben der Verantwortung. Es ist einfach etwas, wo von Anfang an so festgelegt worden ist. Ich denke, jetzt geht es mehr um die Dringlichkeit und weniger um das Behandeln des Vorstosses. Da müssten wir zuerst im Gemeinderat wieder eine Haltung zum Geforderten entwickeln.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "5G-Moratorium" wird als nicht dringlich erklärt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlusnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 399	09.11.2020	1	2017/21-304	143	12/0/0

Ratspräsidentin Büchel-Wampfler Sandra: Aufgrund der aktuellen Corona-Situation werden wir leider kein Jahresschlussessen machen können. Die nächste Sitzung wird jedoch trotzdem um 17.30 Uhr beginnen, damit wir auch genügend Zeit haben, da wir dann die Finanzen und das Budget anschauen.

Bircher Andreas, GPK: Die GPK möchte kurz auf ein Geschäft zurückkommen, welches für die letzte Sitzung traktandiert war, jedoch nicht behandelt wurde. Es geht um die kommunale Energiepolitik, das Reglement der Spezialfinanzierung. Wir möchten hier nicht auf Empörung machen, überhaupt nicht. Aber die GPK hat sich an der letzten Sitzung doch relativ befremdet oder irritiert gezeigt, dass das Geschäft einfach kurzfristig an der Sitzung ohne Angabe von zwingenden Gründen zurückgezogen wurde. Zudem noch mit der Bemerkung: "Wir kommen dann in einem Jahr wieder". Ein Geschäft, welches förmlich traktandiert ist, sollte nach der Meinung der GPK zumindest zu einem Eintreten führen.

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat als Schwerpunktthema das Zentrum Alter Worb angeschaut. Wir erstellten einen Fragenkatalog, welchen wir zur Beantwortung der zuständigen Gemeinderätin Lenka Kölliker zustellten. Die schriftlichen Antworten auf unsere Fragen wurden der ASK geliefert. Die ASK stellt fest: Das Zentrum Alter Worb leistet eine wertvolle Arbeit zugunsten der Seniorinnen und Senioren der Gemeinde Worb. Die Leistungsziele der jetzigen dreijährigen Pilotphase sind offen formuliert. Sollte das Projekt weitergeführt werden, was anzunehmen ist, müssten die qualitativen und quantitativen Leistungsziele zwingend detaillierter und wo möglich auch messbar ausformuliert werden. Aufgrund des anstehenden Legislaturendes schliesst die ASK das Schwerpunktthema Zentrum Alter Worb mit dieser Stellungnahme vorerst ab. Selbstverständlich behält sich die ASK vor, zu einem späteren Zeitpunkt an einem Controllinggespräch teilzunehmen oder Akten dazu einzufordern. Die ASK dankt Gemeinderätin Lenka Kölliker für die Antworten auf die Fragen der ASK zum Zentrum Alter Worb bestens.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich informiere euch heute Abend gerne über zwei Sachen. Erstens über die Überbauungsordnung "Flexibilisierung Sperrzeiten Bernstrasse und Bahnhofstrasse", die aktuell in Mitwirkung ist und zweitens über die aktuellen Massnahmen der Gemeinde im Rahmen der Corona-Pandemie. Zuerst zu der angesprochenen Überbauungsordnung. Wir haben schon mehr darüber gesprochen. Der kantonale Strassenplan gibt bekanntlich vor, dass die Bernstrasse und die Bahnhofstrasse täglich während vorgegebenen

Zeiten gesperrt werden müssen. Damit wollte man sicherstellen, dass die Lärm- und Luftreinhaltegesetzgebung im Dorf eingehalten wird. Aus diesem Grund hat der Kanton bereits in beiden Strassen Poller eingebaut. Die Poller müssten in Betrieb genommen werden, sobald die Verkehrssanierung abgeschlossen ist. Dies ist kurzum der Fall, denn die letzte Etappe, die Sanierung der Richigenstrasse, steht kurz vor dem Abschluss. Gemäss dem aktuellen Verkehrsmonitoring des Kantons hat sich der Verkehr auf der Bernstrasse aber schon soweit reduziert, dass die gesetzlichen Vorgaben auch ohne Sperrzeiten eingehalten werden können. Das Monitoring zeigt zudem, dass es auf der Bahnhofstrasse in der Nacht zwar noch zu viel Verkehr hat, dass es sich dabei aber mehrheitlich um Ziel-/Quellverkehr von uns handelt, also Personen die nach Hause oder von zu Hause weg fahren, der mit Pollern gar nicht beeinflusst werden kann. Abgesehen davon werden die Immissionsgrenzwerte auf beiden Strassen eingehalten, sicher auch dank dem Lastwagenverbot, welches wir 2019 eingeführt haben. Somit braucht es die vorgegebene Sperrung aktuell nicht. In Zusammenarbeit mit dem Kanton haben wir nun einen kommunalen Strassenplan entwickelt. Der kommunalen Strassenplan entspricht von der Form her einer Überbauungsordnung, daher hat er auch diesen Titel. Mit dem kommunalen Strassenplan setzen wir einerseits die vorgegebenen starren Sperrzeiten des kantonalen Strassenplans ausser Kraft und andererseits schaffen wir die Möglichkeit, dass die Gemeinde mit neuen Sperrzeiten auf zukünftige Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte reagieren kann. Dies möchten wir ja. Wir wollen nicht, dass das Dorf durch Lärm und schlechte Luft belastet ist. Es ist wichtig, dass die Sperrzeiten aber nicht starr vorgegeben werden, sondern es wird lediglich aufgezeigt, wie sie eingeführt werden. Das Vorgehen ist wie folgt: Die Gemeinde überprüft periodisch, ob die Immissionsgrenzwerte eingehalten werden. Wenn dies nicht der Fall ist, dann muss die Gemeinde wie erwähnt mit geeigneten Sperrzeiten darauf reagieren. Diese Sperrzeiten werden nach den gängigen Verfahren des Strassenverkehrsgesetzes eingeführt. Sie müssen publiziert werden, so dass sich die betroffenen Anwohner und das Gewerbe dazu einbringen resp. zur Wehr setzen können. Nach der Einführung der neuen Sperrzeiten wird dann selbstverständlich überprüft, ob die Massnahme die erwartete Wirkung bringt und die Immissionsgrenzwerte wieder eingehalten werden. Item: Ich bitte euch, die UeO zu studieren, sie ist auf unserer Webseite aufgeschaltet und allfällige Einwände rechtzeitig einzureichen. Dies ist der erste Punkt. Nun komme ich zu den Massnahmen der Gemeinde im Rahmen der Corona-Pandemie. Ihr wisst ja, wir stehen mitten in der zweiten Welle. Ich denke, dass die meisten von uns mittlerweile mit Coronafällen in der Verwandtschaft oder in der Bekanntschaft konfrontiert worden sind. Bei mir ist es so. Ich sage dazu nur soviel: Es ist besser, wenn man sich nicht anstecken lässt. Es macht wirklich kein Spass, wenn man diesen Virus bekommt. Es lohnt sich sehr, einer Ansteckung aus dem Weg zu gehen. Ich orientiere hier gerne, wie wir als Gemeinde mit dieser Situation umgehen. Wir nehmen diese Pandemie grundsätzlich sehr ernst und setzen die Vorgaben von Bund und Kanton in der Gemeindeverwaltung und im Werkhof konsequent um. In der Verwaltung haben wir die Maskenpflicht schon am 12. Oktober eingeführt. Noch kurz bevor der Kanton gesagt hat, wir sollen Masken tragen. Besprechungen und Sitzungen werden soweit als möglich als Videokonferenz durchgeführt, ich weiss Marc, dass du auch gerne den GGR in dieser Form hättest, aber dies ist noch gerade etwas zu schwierig, aber alle anderen Sitzungen werden, wenn es möglich ist, in dieser Form durchgeführt oder sonst natürlich konsequent mit einer Maske. Ausser derjenige, welcher spricht, kann sie ausziehen. Alle Kontaktflächen in der Verwaltung werden regelmässig geputzt. Es ist eine Frau, welche jeweils am Mittag kommt und alle Türfallen, Handläufe, Lift- und Kopierer-Tastaturen etc. desinfiziert. Das gleiche passiert auch im Werkhof. Abgesehen davon, dass sich im Eingangsbereich der Verwaltung höchstens fünf Personen aufhalten dürfen, ist die Verwaltung aber unverändert offengeblieben. Damit die Kontakte weiter verringert werden, arbeiten einzelne im Homeoffice. In der Gemeindeverwaltung sind wir bisher von Corona-Fällen verschont geblieben und wir sind sehr dankbar, dass bisher nur einzelne vom Kantonsarzt aufgefordert worden sind, in Quarantäne zu gehen. Am 23. Oktober haben wir dann gemäss Vorgabe des Regierungsrates die Turnhallen für Vereine geschlossen. Diese Schliessung ist vorderhand bis am 23. November befristet. Gleichzeitig hat auch der Wislepark alle Sportangebote inkl. Wellness geschlossen. Das Restaurant ist weiterhin offen, allerdings mit reduzierten Öffnungszeiten, das Mittagessen wird hier, wie auch bei anderen Restaurants, als Takeaway angeboten. Mit dem Regionalen Führungsorgan abgekürzt RFO haben wir diskutiert, wie wir auf die derzeitige zweite Welle reagieren wollen. Die Gemeinden haben sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass das RFO den Gemeinden und den betroffenen Organisationen wöchentlich einen Lagebericht aufbereitet. Dieser wird dann im Rahmen einer Videokonferenz mit den Gemeindepräsidenten, den zuständigen Gemeinderäten und weiteren Interessierten besprochen. Nach unserer Einschätzung können wir so genügend rasch auf problematische Entwicklungen reagieren. Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, dem Chef RFO, Peter Rothenbühler, und vor allem auch dem Stabschef, Michael Suter, hier vom GGR von der FDP-Fraktion ganz herzlich für ihre wertvolle unermüdliche Arbeit im RFO zu danken. Wir stehen in stetigem Kontakt mit der

Spitex und mit den Alters- oder Pflegeheimen unserer Gemeinde. Bisher, mit Stand von letztem Freitag, ist die Situation ruhig und es wird kein Bedarf an zusätzlicher Unterstützung angemeldet. Der Zivilschutz ist aber bereit, bei Bedarf innerhalb weniger Tage Hilfspersonal zu stellen. Die Feuerwehr stellt ihre Einsatzbereitschaft ganz bewusst sicher. Kontakte zwischen den Feuerwehrleuten werden soweit als möglich vermieden und die Hygienevorschriften werden genau eingehalten. Die GVB gibt dort ganz strenge Vorschriften vor, wie sie sich verhalten sollen. Wer Symptome hat oder in Quarantäne ist, meldet dies umgehend dem Kommandanten, so dass der verfügbare Bestand der Feuerwehr jederzeit bekannt ist. Dies ist wichtig, dass man bei einem Grossereignis ohne Zeitverlust bei anderen Feuerwehren Unterstützung anfordern könnte. Zur Situation im Gewerbe bin ich in regem Austausch mit dem Präsidenten des Gewerbevereins. Gemäss seiner Auskunft sind grössere Corona-Herde glücklicherweise bisher nicht aufgetreten. Trotzdem ist die Berufstour, die für morgen vorgesehen war, natürlich abgesagt worden. Nach Einschätzung von Niklaus Sägesser ist natürlich insbesondere der Dienstleistungssektor, namentlich die Reise- und die Eventbranche und auch der Bereich Gastro sehr betroffen, weil derzeit ihr Angebot gar nicht oder viel weniger beansprucht wird. Die Baubranche läuft derzeit gut und wir hoffen, dass sie nicht durch Lieferengpässe eingeschränkt wird. Ich spreche dann gerne nach der Sitzung auch noch mit euch und frage nach, ob ihr es auch so seht. Es würde mich interessieren. Mir persönlich bereitet etwas Sorge, dass die Psyche der Leute unter der zunehmenden Dunkelheit leidet. Im Frühling konnte man dies etwas besser akzeptieren, als die Tage länger geworden sind und man immer draussen sein konnte. Jetzt ist es etwas mühsamer und man merkt dies bei den Leuten. Sie leiden in dieser Situation. Ich probiere alle, die ich erreiche, zu ermuntern, dass sie in der Nachbarschaft fragen, wie es geht. Einkaufen muss man ja nicht für andere Leute, sie dürfen nach wie vor nach draussen gehen, dennoch wäre es gut, wenn man mal nachfragen würde, wie es geht.

Cavargna Tiziano, SP: Niklaus hat schon von der Richigenstrasse erzählt, welche bald fertig ist. Ich habe ein Stück mitgenommen davon, bevor diese saniert wurde. Es soll mich niemand wegen Diebstahl anklagen. Ich habe mir ein paar Gedanken gemacht. Auch wenn wir bereits mitten in der Sitzung sind, möchte ich diese äussern. Mir hat es gefallen, dass in der September-Sitzung drei Gemeinderäte Mitteilungen aus ihrem Ressort formuliert haben. Jeder GR mit der Kraft seiner Persönlichkeit und auch seiner Begabung. Als Parlament-Mitglied hat vor noch nicht langer Zeit zum Beispiel Heinz Utiger das Wort für die Vorlesung einer Kurzgeschichte auf Bemdeutsch ergriffen oder Martin Wälti hat klare Äusserungen mit bildlichem Charakter gemacht. Das habe ich auch geschätzt! Da heute die letzte Sitzung vor den Wahlen und dazu mit beschränkter Anzahl Traktanden stattfindet, habe ich gedacht, ich erlaube mir das. Ich habe gerne Strassen. Ich habe gerne Wege. Ich habe in den Jugendjahren sogar gedacht, ich könnte Strassenbauer lernen. Aber ich glaube, ich hätte zu wenig Kraft dafür gehabt, wenn ich sehe, was die Arbeiter machen müssen. Die Richigenstrasse ist jetzt fast fertig saniert und wir dürfen jetzt auf einer breiteren, sichereren Fahrbahn fahren. Vielleicht wird noch eine gelbe Linie, da bin ich nicht so sicher, rechts von jeder Fahrspur hingemalt, um den Platz für die Velofahrer deutlich zu signalisieren. Wie auf jeder Strasse sollte es Platz für jede Verkehrsteilnehmerin und jeden Verkehrsteilnehmer haben. Und hier in dem Gremium sollen auch die verschiedenen politischen Meinungen und Überzeugungen Platz haben, von rechts, von der Mitte oder von links kommend. Das üben wir Sitzung für Sitzung gar nicht so schlecht, oder? Obwohl ich vorher eine kleine Enttäuschung einstecken musste. Das gehört wahrscheinlich auch dazu. In diesem Sinne wünsche ich uns allen für die kurze Zeit bis zu den Wahlen noch viel Kraft für die geplanten Anstrengungen, gutes Gelingen und Erfolg.

Protokoll der Sitzung vom 12. Oktober 2020: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 399	09.11.2020	2	2017/21-305	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

"Kantonale Tagesschulbeiträge überprüfen", Postulat der FDP-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 399	Datum 09.11.2020	Traktandum 3	Beschlussnummer 2017/21-306	Geschäftsnummer 33092	Archivnummer 16/43
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Lanfranconi Elena, FDP: Die FDP hat bei der Tagesschule nachgerechnet. Sie hat herausgefunden, dass der Kostenbeitrag der Eltern bei unserer Tagesschule sehr bescheiden ist. Bescheiden ist insbesondere der Beitrag jener, die besser verdienen. Der Beitrag der Eltern ist auch im Vergleich mit anderen Gemeinden sehr tief. Darum hat die FDP das vorliegende Postulat eingereicht. Ich möchte gerne Folgendes vorausschicken: Für die FDP ist klar: Wer wenig verdient, soll für die Tagesschule wenig bezahlen. An diesem Prinzip wollen wir nichts ändern. Was wir uns fragen, ist Folgendes: Warum zahlen diejenigen, die gut verdienen, nicht höhere Beiträge? Die Antwort des Gemeinderates auf unser Postulat ist nicht sehr ausführlich. Der Gemeinderat schreibt einfach, nach welchem Prinzip diese Gebühren erhoben werden und dass es schon gut sei, wenn diejenigen, die viel verdienen, wenig bezahlen müssen. Der Gemeinderat sagt, dass so die Durchmischung besser sei. Diese Überlegung ist nicht falsch. Wir fragen uns aber, ob das Prinzip auch gerecht ist. Ist es wirklich gerecht, dass auch diejenigen, die besser verdienen, vom Gemeinwesen profitieren. Ein bisschen mehr Transparenz und Kostenwahrheit wäre für uns hier wünschenswert. Wir sind der Meinung, dass Steuergelder dort eingesetzt werden müssen, wo sie auch tatsächlich gebraucht werden. Das Steuergeld nach Giesskannenprinzip zu verteilen, finden wir falsch. Wir hätten erwartet, dass der Gemeinderat diese Beitragspraxis genauer hinterfragt und untersucht, ob man nicht Geschenke an Personen macht, die gar keine brauchen. Wir möchten, dass der Gemeinderat diese Sache nochmals unter die Lupe nimmt und Vorschläge macht, wie man mehr Gerechtigkeit in die Beiträge der Tagesschule bringen könnte. Ich fordere euch auf, das Postulat als erheblich zu erklären.

Howald Lichtenberger Heidi, SVP: Das Postulat fordert die Überprüfung der Tagesschulbeiträge mit der Absicht, die finanzstarken Familien stärker zu belasten. Die Diskrepanz zwischen dem tiefsten und höchsten Ansatz für eine Betreuungsstunde ist schon jetzt sehr hoch. Der tiefste Ansatz beträgt 79 Rappen, der höchste 12 Franken und 35 Rappen. Gemäss dem Postulat beträgt der Elternbeitrag an den Gesamtkosten der Tagesschule weniger als 20 Prozent. Das stimmt. Im kantonalen Durchschnitt sind es 33 Prozent. Das deutet darauf hin, dass vorwiegend Kinder aus finanzschwachen Familien in Worb die Tagesschule besuchen. Wir teilen die Meinung des Gemeinderates, dass eine Durchmischung der Schülerinnen und Schüler anzustreben ist. Aus diesem Grund wollen wir keine Anpassung der Elterntarife für die besser verdienenden Eltern. Wir werden deshalb das Postulat als nicht erheblich erklären.

Cavargna Tiziano, SP+Grüne: Unsere Fraktion versteht das Anliegen der Postulanten. Das teilen wir durchaus. Ich bin mit Elena Lanfranconi aber nicht einverstanden, dass die Mittel nach dem Geisskannenprinzip ausgerichtet werden. Die Berechnung der Gebühren ist sehr aufwendig. Der finanzielle Aspekt beziehungsweise, welchen Betrag die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder bezahlen, ist wichtig und sollte in gewissen Abständen überprüft werden. Zur Ergänzung: Die Kosten für die Mahlzeiten sind nicht inbegriffen. Sie werden zusätzlich verrechnet. Der Gemeinderat erklärt in seiner Antwort unter anderem, dass auch andere Faktoren für eine gut funktionierende Tagesschule von Bedeutung sind, beispielsweise die Durchmischung der Kinder aus den verschiedenen sozialen Schichten. Deshalb sollte die Attraktivität der Tagesschule für Eltern mit höherem Einkommen nicht vermindert werden. Die FDP schreibt, die Beiträge der Worber Eltern seien gemeindeübergreifend tief. Es wäre für uns interessant zu wissen, ob es dafür eine Erklärung gibt. Die Elternbeiträge sind in der kantonalen Tagesschulverordnung geregelt. Darum würden wir es zielführender finden, wenn so ein Vorstoss durch eine Fraktion im Grossen Rat eingereicht würde. Unsere Fraktion wird aus diesen Gründen für die Nicht-erheblicherklärung des Postulats stimmen.

Santschi Jürg, BDP/GLP: Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen: Wir haben vier Kinder. Als wir die Rechnung machten, stellten wir fest, dass die Kosten für die Tagesschule höher sind als wenn wir jemanden anstellen, der unsere Kinder zuhause betreut. Darum besuchten unsere Kinder nicht die Tagesschule. Erhöhen wir die Elternbeiträge noch, haben wir noch weniger Kinder aus gut verdienenden Familien. Darum werden wir das Postulat ebenfalls als nicht erheblich erklären.

Beschluss:

Das Postulat der FDP-Fraktion mit dem Titel "kantonale Tagesschulbeiträge überprüfen" wird mit 25 zu 9 Stimmen als nicht erheblich erklärt.

Wasserversorgung; Netzersatz Bollstrasse: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 399	Datum 09.11.2020	Traktandum 4	Beschlusnummer 2017/21-307	Geschäftsnummer 20547	Archivnummer 33/42
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Ich verfolge die amerikanischen Wahlkämpfe seit den 1980er Jahren. Ich erinnere mich an einen Satz im amerikanischen Vorwahlkampf 1984 oder 1988 zwischen Walter Mondale und Garry Hart. Keiner von beiden wurde Präsident. Garry Hart fragte Walter Mondale einmal: "Where is the beef?" Wo ist das Fleisch? Wo ist die Substanz? Dieser Satz blieb mir. Ihn kann man bei politischen Fragen immer wieder benutzen. Im Vorfeld der beiden nun vorliegenden Geschäfte Kreditbewilligungen Wasserversorgung hat sich die GPK diese Frage gestellt. Wir hatten irgendwie das Gefühl, die Vorlagen kämen schmal, dürftig und bescheiden daher. Und doch geht es im einen Fall um 700'000 Franken, im anderen um 400'000 Franken. Aus diesem Grund richteten wir einen langen Fragekatalog an das Departement Bau. Er wurde ausführlich beantwortet. Herzlichen Dank an Urs Thöni. Es gab noch Rückfragen. Heute können wir sagen, dass die GPK einverstanden ist. Die GPK würde es in Zukunft begrüßen, wenn die Botschaft etwas ausführlicher wäre. Viele unserer Fragen hätte man so beantworten können.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Der Auslöser dieser Geschäftsvorlage ist der Kanton. Er will die Bollstrasse sanieren. Gleichzeitig wollen wir als Gemeinde dort unsere Werke im Boden sanieren. Die verlegten Gussrohre sind aus dem Jahr 1933. Zusätzlich machen wir in der Industriestrasse ein Relining. Leider liegt den Unterlagen ein falscher Plan bei. Es fehlt darauf das Vorhaben in der Industriestrasse. Die Hauptleitung wird auf einer Länge von 480 Metern saniert. Zusätzlich gibt es eine 40 Meter lange Spülbohrung unter dem Bahntrasse. Federführend ist der Kanton. Die Gemeinde zahlt die Kosten für ihre Werke. An der Strassensanierung müssen wir uns nicht beteiligen. Die Sanierung soll von März bis Herbst 2021 erfolgen. Wir hoffen natürlich auf eine möglichst kurze Bauzeit, denn die Strasse ist stark befahren. Die Frage, warum man Guss statt PE-Rohre verlegt, kann man so beantworten, dass erstere bei höheren Druckverhältnissen besser sind. PE-Rohre verwendet man im Fall von sehr vielen Hausanschlüssen. Wenn Rohre von über 200 Millimetern Durchmesser erforderlich sind, nimmt man aus Kostengründen Gussrohre. Die Kosten belaufen sich gemäss Botschaft auf rund 700'000 Franken. Weil man neue Hydranten setzt, erhalten wir vom Kanton eine Rückerstattung von 18'000 Franken. Ich hoffe, dass ihr dem Antrag zustimmt, damit man die Synergien nutzen kann. Im Übrigen werden auch die Hausanschlüsse ersetzt, wenn die Eigentümer dies wollen.

Aebersold Daniel, SVP: Im Rahmen der Sanierung der Bollstrasse sollen die alten Graugussleitungen aus dem Jahr 1933 ersetzt werden. Das ist sinnvoll. In den letzten Jahren gab es bereits mehrere Rohrbrüche. Durch die Kombination mit der Strassensanierung spart man Geld. Die Kosten betragen 693'000 Franken. Vom Amt für Wasser und Abfall können für sechs Hydranten Beiträge von 18'000 Franken erwartet werden. Das ergibt Nettokosten von 675'000 Franken. Der einzige Wehrmutstropfen, den wir sehen, besteht darin, dass in der Finanzplanung für das Vorhaben nur 600'000 Franken eingestellt sind. Die SVP wird dem Geschäft zustimmen.

Jorio Marco, GLP/BDP: Unsere Fraktion unterstützt beide Kreditbegehren mit Überzeugung. Wie die GPK finden auch wir, dass die Informationen etwas gar dürftig sind. Die mündlich nachgelieferten Informationen zeigen das deutlich. Uns hätte auch der Verteilschlüssel unter den verschiedenen Bauherren interessiert und ob beispielsweise Mittel aus der Spezialfinanzierung entnommen werden. Das sieht man aus den Unterlagen nicht. Weiter hätte uns interessiert, was man dank des gemeinsamen Bauens spart. Uns fällt auf, dass die Graugussleitungen in den beiden Strassen unterschiedlich alt sind. Diejenigen in der Schulhausstrasse sind 22

Jahre jünger als jene in der Bollstrasse. Sie haben ihr Lebensalter deshalb eigentlich noch nicht erreicht. Ist es so, dass die Strasse vorzeitig saniert wird, weil jetzt die Fernwärmeleitung eingebaut wird? Wenn dem so ist, dürfte das der Gemeinderat in seiner Botschaft ausdrücklich sagen. Generell finden wir die nachhaltige Erneuerungspolitik des Gemeinderates und der Bauabteilung sehr gut. Auch wenn die Tiefbauprojekte nicht spektakulär sind, ist es wichtig, dass konstant investiert wird. Was Vernachlässigung der Infrastruktur unter dem Boden bedeutet, zeigt die Stadt Neapel. Dort stammt das Gros der Leitungen noch aus der Zeit des Königreichs Neapel, also noch vor 1870. Die Folgen sind Trinkwasserverluste oder Verschmutzung des Grundwassers durch defekte Abwasserleitungen.

Cetin Mayk, EVP: Die EVP-Fraktion unterstützt den Kreditantrag ebenfalls. Wegen der Rohrbrüche und der Synergien ist das Projekt sinnvoll. Zur Länge der Botschaften erlaube ich mir anzumerken, dass man diese immer länger machen kann. Es stellt sich aber auch die Frage der Effizienz. Warum sage ich das? In der Botschaft steht, dass Baukommission, Sicherheitskommission und Finanzkommission das Geschäft behandelt haben und unterstützen. In der Finanzkommission konnten wir unsere Frage einem anwesenden Sachverständigen direkt stellen. Alle Parteien sind in den Kommissionen vertreten. Nach meiner Ansicht sollten die Kommissionsvertretungen ihre Sicht der Dinge in die Fraktionen einbringen. Die hier vorliegende Botschaft ist nicht die alleinige Informationsquelle. Als früheres Mitglied der GPK habe ich es immer geschätzt, wenn Vorsteherinnen und Vorsteher von Departementen oder Verwaltungsangestellte die Geschäfte persönlich vorgestellt haben. Ich finde das viel effizienter als ein langer E-Mail-Verkehr.

Hager Rolf, FDP: Die FDP-Fraktion sagt zum Netzersatz in der Bollstrasse Ja, weil sie zusammen mit der Strassensanierung samt neuem Trottoir ausgeführt wird. Die FDP bemängelt ebenfalls, dass die Botschaft sehr dünn ist. Es geht immerhin um 700'000 Franken. Das ist in der aktuellen Corona-Zeit sehr viel Geld. Das könnte man auch anderweitig einsetzen. Man hätte das Geschäft zurückstellen können. Aber weil es mit der Strassensanierung zusammen realisiert wird, sagen wir Ja. Es ist nicht ersichtlich, wie sich die einzelnen Werkeigentümer an den Gesamtkosten beteiligen. Wir hätten entsprechende Hinweise geschätzt.

von Arx Roland, SP+Grüne: Auch die Fraktion SP+Grüne findet es sinnvoll, dass man im Zusammenhang mit einer Strassensanierung auch die fast 100 Jahre alten Wasserleitungen ersetzt. Wir finden es auch sehr gut, dass solche Arbeiten mit allen Beteiligten koordiniert werden. Das sind Kanalisation, Swisscom, EBL, BKW usw. Früher gab es immer wieder Situationen, dass man sanierte Strassen kurz nach der Fertigstellung wieder aufgerissen hat. Ist vorgesehen, dass auch die Fernwärmeleitungen eingezogen werden? Das steht nirgends. Ich gehe aber davon aus. Wir werden dem Geschäft zustimmen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Projekte für die Wasserversorgung werden immer über die Spezialfinanzierung finanziert, letztlich also über Gebühren. Für den Strassenbau hingegen gibt es keine Spezialfinanzierung. Diese Projekte werden über den Steuerhaushalt finanziert. Es spielt somit auch keine Rolle, ob wir eine Corona-Zeit haben. Wir sind verpflichtet, unser Leitungsnetz zu unterhalten. Für die Finanzierung machen wir Einlagen in die Spezialfinanzierung. Die Mittel der Spezialfinanzierung können einzig für Projekte der Wasserversorgung eingesetzt werden. Eine Verwendung der Mittel für andere Zwecke ist verboten. Im Rahmen der Strassensanierung werden auch die Leitungen für die Fernwärme eingelegt. Bei der Löwen-Kreuzung wurden letztes Jahr bereits Leitungen für die Fernwärme eingelegt. Die Leitung wird zwischen Kirche und Pfarrhaus weitergeführt. In diesem Jahr sind Leitungen für die Fernwärme im Bühlweg eingelegt worden. Die Fortsetzung des Leitungsnetzes erfolgt in der Schulhausstrasse. Von dort aus werden das Schulhaus Zentrum und die Tagesschule an die Fernwärme angeschlossen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Bollstrasse wird ein Verpflichtungskredit von CHF 693'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 350.5031.26 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wasserversorgung; Netzersatz Schulhausstrasse Ost und Strassensanierung: Kreditbewilligung

Sitzung Nr. 399	Datum 09.11.2020	Traktandum 5	Beschlusnummer 2017/21-308	Geschäftsnummer 32806	Archivnummer 33/42
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Eintretensdebatte

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Stöckli Rolf, GPK: Das Geschäft wurde von der Baukommission, der Sicherheitskommission und der Finanzkommission beurteilt. Die Anregungen wurden aufgenommen. Alle Kommissionen unterstützen das Geschäft. Die GPK dankt Urs Thöni für die rasche Beantwortung unserer Fragen. Gerne hätten wir in der Botschaft etwas ausführlichere Informationen vorgefunden. Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, die Kreditbewilligung für den Netzersatz Schulhausstrasse Ost und die Strassensanierung zu behandeln.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Das Projekt hat drei Auslöser: erstens mehrere Rohrbrüche, zweitens die geplante Fernwärmeleitung und drittens der Zustand der Strasse. Bei den Graugussleitungen spielt die Ummantelung eine wichtige Rolle. Die Ummantelung zusammen mit dem pH-Wert im Boden beeinflussen die Lebensdauer der Leitungen. Weiter ist es sicher im Interesse der Gemeinde Worb, dass die Siedlung Alpina ans Fernwärmeprojekt angeschlossen werden kann. Wir selber haben in der Nähe die Schulanlage Wyden. Sie soll auch angeschlossen werden, weil ein konventioneller Heizungsersatz über eine Million Franken kostet. Die Leitung wird über 360 Meter saniert. Im Vergleich zur Bollstrasse sind die Kosten höher, weil wir hier Bauherr sind. Die Realisierung ist für das Jahr 2021 geplant. Die Leitungssanierung wird über die Spezialfinanzierung, die Strassensanierung über den Steuerhaushalt finanziert. Andere Werkeigentümer wie Swisscom oder AEK kommen für ihre Kosten selber auf. Ich bitte euch, auch diesem Projekt zuzustimmen.

Hofer Thomas, BDP/GLP: Wie Marco Jorio bereits gesagt hat, wird unsere Fraktion auch diesem Geschäft zustimmen. Als Mitarbeiter einer öffentlichen Wasserversorgung hat mich etwas stutzig gemacht, dass die Löschwassersicherheit und die Wasserversorgung in dem Gebiet nicht mehr gewährleistet sei. Beides sind Grundaufträge der Wasserversorgung. Offenbar haben wir dort seit dem Jahr 2018 ein Problem. Das dürfte eigentlich nicht sein. Ist das wirklich so oder wollte der Antragsteller hier etwas Dramatik einbringen?

Schweizer Hans Peter, FDP: Ich bin über die Ausgangslage in dieser Botschaft gestolpert. Eigentlich ging ich davon aus, dass der Netzersatz ausschlaggebend für dieses Geschäft sei. Das ist aber nicht so. Der Wärmeverbund BKW/AEK ist der Auslöser. Worb ist Energiestadt. Somit dürfte man doch mit Pomp und Fanfaren ganz gross verkünden, dass wir hier vorzeitig eine Investition in die Zukunft und in die Nachhaltigkeit tätigen. Im gleichen Aufwisch machen wir auch noch die Wasserversorgung. Auch ich bin der Meinung, dass die Botschaft etwas dünn ausgefallen ist. Trotzdem stimmt die FDP dem Kreditantrag zu.

Fiechter Niklaus, SVP: Auch die SVP unterstützt den Netzersatz. Für uns wäre spannend gewesen zu wissen, was wir dank dem Zusammengehen mit dem Wärmeverbund einsparen. Uns gibt zu denken, dass man dieses Projekt im April starten will und den Netzersatz Bollstrasse im März. Wir finden das recht viel für das Dorf.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Die Versorgungssicherheit und der Löschwasserschutz waren immer gewährleistet. Sie ist einfach bei einem Leitungsbruch nicht gegeben. Die Feststellung, dass die Fern-

wärmeleitung ein Auslöser des Geschäfts war, ist richtig. Hinzu kommen aber auch die verschiedenen Rohrleitungsbrüche und der schlechte Zustand des Strassenbelags. Auch wir sind gespannt, wie sich die parallele Realisierung der beiden Projekte auf die Verkehrssituation im Dorf auswirken wird.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Netzersatz der Wasserversorgung in der Schulhausstrasse Ost wird ein Verpflichtungskredit von CHF 418'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 350.5031.30 der Investitionsrechnung.
2. Für die Strassensanierung Schulhausstrasse Ost wird ein Verpflichtungskredit von CHF 359'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 330.5010.20 der Investitionsrechnung.
3. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Grünzone Sternenmatt bleibt grün"

Sitzung Nr. 399	Datum 09.11.2020	Traktandum 6	Beschlusnummer 2017/21-309	Geschäftsnummer 33438	Archivnummer 31/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	------------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der geplanten Änderung der Überbauungsordnung in der Sternenmatt die bestehende Grünzone als ZöN zu erhalten und als Spiel- und Begegnungsort zu gestalten. Begründung: Die Zürcher Halter AG hat mit einem Kaufvertrag den Gasthof Sternen und die angrenzende Sternenmatt übernommen. Auf dieser will sie Wohnhäuser bauen. Die Sternenmatt ist ein zentraler Ort und beinhaltet die einzige Grünzone von Worb (siehe Ausschnitt aus dem aktuellen Zonenplan unten). Diese wertvolle Fläche ist wichtig und für die öffentliche Nutzung zu erhalten. Gemäss Artikel 79 BauG gliedern Grünzonen die Siedlung, halten im Ortsinnern Grünräume frei, dienen dem Umgebungsschutz von Baudenkmalern sowie der Freihaltung wichtiger Ortsansichten. Diese wichtigen Funktionen sind zu erhalten. Durch eine Umzonung in eine Zone für öffentliche Nutzung, ist eine Gestaltung als Spiel- und Begegnungsort zu ermöglichen. Die Qualität als Begegnungsraum und die Identität des Gasthofs Sternen sollen dabei gestärkt werden."

Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "5G-Moratorium"

Sitzung Nr. 399	Datum 09.11.2020	Traktandum 7	Beschlusnummer 2017/21-310	Geschäftsnummer 33439	Archivnummer 33/60/1
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-------------------------

"Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie in der Gemeinde Worb ein «5G-Moratorium» umgesetzt werden kann, bis der Bundesrat die Gesundheitsrisiken bei Mobilfunkstrahlen der 5. Generation abschliessend geklärt hat. Begründung: Das Thema 5G bewegt die Bevölkerung von Worb, wie kaum ein anderes Thema. Dies zeigen mehrere Informationsveranstaltungen und eine Petition zum Strahlungsschutz mit 1500 Unterschriften deutlich. SP plus Grüne stehen hinter der Modernisierung und der digitalen Technologien als entscheidende Treiber der nachhaltigen Entwicklung. Die Digitalisierung gelingt aber nur, wenn die Bevölkerung den Behörden Vertrauen schenken kann. Deshalb müssen die gesundheitlichen Fragen rund um die 5G-Technologie ergebnisoffen geklärt werden. Selbst Umweltministerin Simonetta Sommaruga teilt dieses Anliegen: "Wir müssen in der Bevölkerung Vertrauen schaffen, indem wir mit der Forschung offene Fragen klären. Nur so können wir eine Blockade verhindern." Der Gemeinderat von Worb hat es sich einfach gemacht und die Anliegen der Petitionär*innen mit formaljuristischen Argumenten abgeschmettert. Fakt ist, dass sich die Bevölkerung Sorgen um die gesundheitlichen Risiken macht. Die Menschen in ihren Bedürfnissen nicht ernst zu

nehmen und das Anliegen nach Gesundheitsschutz zu bagatellisieren erscheint uns nicht richtig. SP plus Grüne erwarten, dass sich der Gemeinderat mit rechtlichen und politischen Mitteln für die Sistierung sämtlicher laufender und künftiger Verfahren einsetzt. 1500 Petitionsunterschriften sind eine deutliche Sprache."

Sandra Büchel-Wampfler
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 7. Dezember 2020

Jürg Bigler
Sekretär